



Dresden, den 31.12..2023

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer, sehr geehrter Herr
Wirtschaftsminister Duhlig und sehr geehrte Frau Ministerin für Soziales und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt Köpping,**

die Unterzeichner dieses Offen Briefes stellen mit großem Bedauern und Entsetzen fest, dass die Regierenden in der Bundesrepublik einseitig den mit Wahl geschlossenen Gesellschaftsvertrag aufgekündigt haben. Jeder der Gesellschafter kann und muss an der Erreichung des gemeinsamen Zwecks mitwirken (§ 705BGB). Dies ist in der Gegenwart nicht mehr gegeben. Deshalb sind wir gezwungen, den Straßenprotest und zivilen Ungehorsam als Reaktion auf den einseitigen Vertragsbruch auszuweiten. So werden wir unsere Rechte im Protest vor der Staatskanzlei am 08.01.2024 einklagen.

Die bewusste wie auch fahrlässige Zerstörung der Wirtschaft und ein feststellbar gefährliches Spiel mit den Grundrechten stellen einen Angriff auf den sozialen Frieden, die Demokratie und damit auf die FDGO dar. Die fortlaufende und zunehmende Belastung der für die Grundversorgung wichtigsten Wirtschaftsbereiche, wie Landwirtschaft, Handwerk, Logistikunternehmen, kleine und große Produktionsunternehmen u.a., zerstören langfristig die materiellen wie geistigen Grundlagen unseres Gemeinwesens nachhaltig. Die Gesellschaft befindet sich in einer Zerreißprobe durch extreme Ungleichgewichte. Das ist nicht länger hinnehmbar und deshalb schließen wir uns den Protesten der Bauern, Logistikunternehmen und Handwerker an.

Wir hoffen und erwarten, dass Sie uns zu den Protesten auf Augenhöhe begegnen werden. Wir dulden es nicht länger, dass die herrschende Schicht die Definitionsmacht an sich reißt, was in der sozialen Kommunikation als »reaktionär« und als »fortschrittlich« zu gelten habe. Die ideologische Lufthoheit ausüben, wie zunehmend im Regierungshandeln praktiziert, verstößt gegen den Gesellschaftsvertrag.

»Das Volk will keinen Krieg« – was soll man dagegen einwenden? Gegenwärtig leben wir unter einer massiven Bedrohung des Friedens, mit einer akuten Kriegsgefahr. Keiner der unverantwortlichen Politiker des »kollektiven Westens«, und keine Bundesregierung kann garantieren, dass Russland nicht irgendwann die »Rote Linie« endgültig als überschritten sieht.

Von daher sind alle Stimmen, von welchem Politiker auch immer, die vor der Kriegsgefahr warnen, die eine Wiederinbetriebnahme der Nordstream-Pipelines fordern, die Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnen, und die irgendwie Gehör, einen Weg in die Öffentlichkeit, in die Medien finden, grundsätzlich hilfreich und positiv.

Wenn daraus folgt, dass Menschen für solche Inhalte auf die Straße gehen, eine Einheit in der Aktion für Frieden und gegen Waffen zustande kommt, dann sollten wir uns ohne Ansehen der Person oder Kontrolle des Parteibuches daran beteiligen. Antikriegsaktionen mit demokratischen Rechten oder »Wertkonservativen«, wie sie genannt werden, falls sie dazu bereit sind – das ist für uns selbstverständlich. Dabei vergessen und verdrängen wir keinesfalls die Widersprüchlichkeiten, den »Kampf der Gegensätze« in den Positionen von Mitwirkenden. Aber wir legen die Prioritäten auf die Herstellung von Handlungsfähigkeit.

Gegen Krieg ist links – und deshalb sind die Grünen rechts. Wer für die Rettung der Bankprofite eintritt, ist rechts. Wer für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, in der Altenpflege kämpft, ist links. Wer Abrüstung, den Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland und den Austritt aus der NATO fordert, ist links, wer Kriegskredite bewilligen lässt, wie Herr Scholz und seine Entourage, ist rechts. Wer eine nachhaltige Landwirtschaft regional betreiben möchte, ist links aber wer mit dem Bauerntod Menschennot riskiert, der ist rechts. Wer den Notstand der Demokratie verordnet und wer dazu strammsteht, ist rechts, wer dagegen opponiert und die demokratischen Rechte verteidigt, ist links. Wer Russenhass predigt und anti-slawischen Rassismus, der ist rechts. Wer für Völkerverständigung, wer für Freundschaft mit Russland und China eintritt, der ist links.

Solche einfach zu begreifenden Inhalte führen nicht zu einer abgehobenen Theoriedebatte, sondern das ist das Aktionsprogramm des Straßenprotestes, dem wir am 08.01.2024 Stimme und Gewicht verleihen.

Von Ihnen erwarten wir ein Angebot, wie Sie zukünftig den Straßenprotest konstruktiv und achtungsvoll in die Regierungsarbeit integrieren wollen.